

KOMPAKT

Spontane Proteste der Alitalia-Belegschaft in Rom

ROM – In Rom ist es am Donnerstag zu Protesten der Alitalia-Belegschaft gekommen. Hunderte von Angestellten der angeschlagenen Fluggesellschaft blockierten die Autobahnstrecke, die Rom mit dem Flughafen Leonardo da Vinci in Fiumicino verbindet.

Das Personal demonstrierte gegen den Beschluss der Fluggesellschaft, ab 2004 die Gehälter nicht an die Inflation anzupassen. Die Gehälter waren bereits 2002 und 2003 «eingefroren» worden. Zu einer Demonstration kam es auch vor dem Hauptquartier der Airline in Rom und vor dem römischen Senat. Ein 24-stündiger Streik der Alitalia-Belegschaft ist ausserdem am 17. Dezember geplant. Die Arbeitnehmer wollen gegen den Alitalia-Sanierungsplan protestieren, der als «ineffizient und sinnlos» bezeichnet wurde. Vorgesehen ist die Streichung von 1500 Arbeitsplätzen und die Auslagerung von weiteren 1200 Stellen. Alitalia hofft sich dadurch von einer gravierenden Krise zu erholen, welche die Gesellschaft seit über zwei Jahren belastet. Der Protest des Alitalia-Personals ist der letzte Streik vor der Weihnachtspause, in der Arbeitskämpfe gesetzlich verboten sind. Am 8. Januar sind aber wieder Streikaktionen im Flugverkehr vorgesehen.

AUA: Trendwende geschafft

WIEN – Die nationale österreichische Fluggesellschaft Austrian Airlines Group hat nach eigener Darstellung die Trendwende geschafft. Kostenreduktion und eine verbesserte Auslastung der Maschinen im vierten Quartal liessen ein Ergebnis (EBIT) von rund 15 Mio. Euro erwarten, berichtete das Unternehmen am Donnerstag in Wien nach einer Verwaltungsratssitzung am Vorabend. Im Herbst sei es gelungen, «das Ergebnis noch umzudrehen», erklärte der AUA-Chef Vagn Soerensen. Mit 8,5 Millionen Passagieren liege das Unternehmen zwar unter dem Vorjahr (8,8 Millionen), könne jedoch eine leicht verbesserte Auslastung der Flugzeuge von 71 Prozent (70,5 Prozent) vorweisen. Im kommenden Geschäftsjahr werden 9,4 Millionen Passagiere, eine um elf Prozent gestiegene Beförderungsleistung und ein operatives Ergebnis von 50 Mio. Euro angepeilt.

Viele Patrons bleiben zu lange an der Unternehmensspitze

ZÜRICH – Neben den emotionalen Gründen scheidet die Nachfolge an der Spitze von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) auch aus finanziellen Gründen. Als Hindernis entpuppen sich oft die Steuern oder Finanzierung der Übergabe. Ein guter Teil der KMU sei wegen ihrer ungenügenden Finanzen schlichtweg unverkäuflich, sagt UBS-Nachfolgespezialist Pascal Niquille im Gespräch mit der Nachrichtenagentur sda. Mitte der 90er-Jahre hatte etwa ein Drittel der KMU weniger als 20 Prozent Eigenkapital, wie CS-Ökonom Cesare Ravara sagt. Jede zehnte Firma, also rund 30 000 KMU, hatten gar kein Eigenkapital. Im internationalen Vergleich seien Schweizer KMU eher unterkapitalisiert, sagt UBS-Direktor Beat Oberlin. Es stellt sich auch die Frage, ob das Privatvermögen für die Altersvorsorge des scheidenden Patrons und die Erbschaftserwartungen von Familienmitgliedern ausreicht. Gegen Ende ihres Lebens seien die Patrons immer weniger bereit, in die Weiterentwicklung ihrer Firma zu investieren, sagt Nachfolgespezialist Albert Gartmann von Zürcher Kantonalbank. Dies gefährdet nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sondern drückt auch auf den Kaufpreis.

Lager der US-Firmen hielten nicht Schritt

WASHINGTON – Die Lagerbestände der Industrie- und Handelsunternehmen in den USA sind im Oktober zwar unerwartet stark gestiegen. Sie hielten jedoch nicht mit den hohen Auslieferungen Schritt und signalisierten so eine weiter steigende Produktion. Die Vorräte legten im Vergleich zum Vormonat um 0,4 Prozent zu, wie das Handelsministerium in Washington mitteilte.

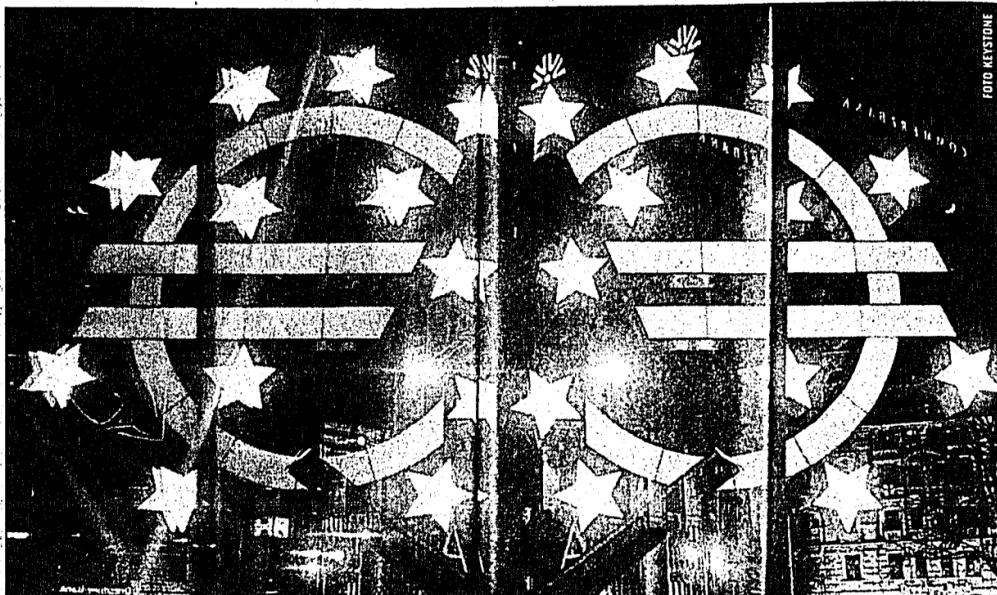
Konjunkturerholung ist da

Nächstes Jahr im Euroraum bis 2,1 Prozent Wachstum prognostiziert

FRANKFURT – Die Konjunktur im Euroraum ist nach Ansicht der Europäischen Zentralbank auf Erholungskurs. Dennoch korrigierten die Währungshüter in ihrem jüngsten Monatsbericht ihre Erwartungen für dieses Jahr wegen des schwächeren Ergebnisses im zweiten Quartal leicht nach unten.

Für 2004 blieben die Projektionen unverändert, allerdings werde die Inflation voraussichtlich stärker ausfallen als erwartet, erklärte die EZB am Donnerstag. «Die konjunkturelle Erholung im Euro-Währungsgebiet hat eingesetzt und das Vertrauen weiter zugenommen», betonten die Währungshüter. Die Wirtschaft habe sich in der zweiten Jahreshälfte belebt, und im Laufe des nächsten Jahres werde die Erholung an Breite und Stärke gewinnen.

Die private Nachfrage wird nach Einschätzung der Experten wieder anziehen. Nicht zuletzt dürften die Verbraucher davon profitieren, dass der starke Euro die Importe verbilligt. Zudem sollte sich Investitionstätigkeit der Unternehmen wegen der anziehenden Auslandsnachfrage und niedriger Zinsen wieder erholen, so die EZB. Zugleich korrigierten die Währungshüter allerdings die Spanne für das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in diesem Jahr im Euroraum auf 0,2 bis 0,6 Prozent nach unten. In der Juni-Projektion waren sie noch von 0,4 bis 1,0 Pro-



Die Konjunktur im Euroraum ist nach Ansicht der Europäischen Zentralbank auf Erholungskurs.

zent ausgegangen. Die Korrektur erkläre sich im Wesentlichen durch die etwas schwächeren Ergebnisse für das zweite Quartal. Ursache dafür seien niedrigere Exporte und Investitionen. Für das kommende Jahr rechnet die EZB weiterhin mit einem Wachstum von 1,1 bis 2,1 Prozent, und 2005 soll es sich auf 1,9 bis 2,9 Prozent erhöhen. Allerdings dürfte die Inflation im kommenden Jahr mit 1,3 bis 2,3 Prozent stärker ausfallen als noch im Juni erwartet. Damals hatten die Währungshüter eine Spanne von 0,7 bis 1,9 Prozent genannt. Als

Gründe nannte die EZB vor allem die geplante Erhöhung der indirekten Steuern und der Gebühren im Gesundheitswesen in Mitgliedstaaten des gemeinsamen Währungsraumes.

Aussetzung kritisiert

Erneut kritisierten die Währungshüter die Aussetzung des Defizitverfahrens gegen Deutschland und Frankreich. Das Vertrauen in die Solidität der öffentlichen Finanzen sei entscheidend für ein nachhaltiges Wachstum von Konsum und Investitionen.

ANZEIGE

PanAlpina Sicav
Alpina V

Preise vom 11. Dezember 2003

Kategorie A (thesaurierend)

Ausgabepreis: € 46.41

Rücknahmepreis: € 47.40

Kategorie B (ausschüttend)

Ausgabepreis: € 44.53

Rücknahmepreis: € 45.50

Zahlstelle in Liechtenstein:
Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG
Austrasse 61, Postfach, FL-9490 Vaduz

LANV lanciert Referendum

Pressemitteilung des Liechtensteinischen Arbeitnehmer/-innenverbandes

VADUZ – In seiner Sitzung vom 26./27./28. November 2003 beschloss der Landtag durch das Mehr der FDP-Fraktion mit 13:12 Stimmen die Abschaffung des Landesbeitrags an die Prämie der Nicht-Betriebsunfallversicherung.

Da sich der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband LANV gemäss Statuten verpflichtet hat, sich bei der Gesetzgebung in sozial- und wirtschaftspolitischen Bereichen zu engagieren, wurde von der Verbandsleitung beschlossen, das Referendum zu ergreifen.

Ausschlaggebend für unseren Entscheid war, dass sich in der Vernehmlassung mit einer einzigen Ausnahme sämtliche Interessengruppen – grösstenteils parteipolitisch unabhängige Organisationen – gegen die geplante Abschaffung des Landesbeitrags ausgesprochen hatten.

Mit dem Ergreifen des Referendums möchten wir die Regierung auffordern, die Argumente der Vernehmlassungsteilnehmer in ihre Entscheidungsfindung aufzunehmen und unter Einbezug eben jener Kräfte eine sozialverträgliche Lösung anzustreben. Wir sind der Überzeugung, dass erhebliche Einsparungen beim NBU-Landesbeitrag zu erzielen sind, ohne die unteren Einkommensgruppen zusätzlich zu belasten. Daneben möchten wir die Regierung vermehrt für die Belange der sozial Schwächeren sensibilisieren und ermuntern, in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen (Kranken- und Pensionskassenprämien, EU-Osterweiterung etc.) neben den Wirtschaftsverbänden zukünftig auch die Inter-

essenvertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der sozial Schwächeren aktiv in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Folgende Gründe sprechen für ein Referendum:

– Pauschale und kompromisslose Sparmassnahmen im Sozialbereich lehnen wir ab, zumal der Sparwille der Regierung in allen anderen politischen Bereichen ungleich kleiner scheint.

– Aufgrund der Erfahrungen der letzten 12 Jahre sowie einer fehlenden gesetzlichen Tarifobergrenze für tiefe Einkommensgruppen kann die angekündigte Prämienreduktion unmöglich von langer Dauer sein. Noch vor drei Jahren wurden die Prämien angehoben, da sich die Fonds dem gesetzlichen Minimum genähert hatten. Die Regierung ist uns immer noch eine Antwort schuldig, warum die Prämien zeitgleich mit der Abschaffung des Landesbeitrags derart massiv ge-

senkt werden können, wenn in den letzten drei Jahren ein massiver Anstieg der Unfälle zu verzeichnen war?

– Das Argument der Regierung, mit der Abschaffung des Landesbeitrags die Eigenverantwortung der Versicherten zu stärken, ist nicht nachvollziehbar, da Prämien-erhöhungen oftmals das Gegenteil bewirken. Eigenverantwortung kann nur durch individuelle Anreize erreicht werden.

– In den meisten Branchen des Gewerbes konnten für das Jahr 2004 keine generellen Lohnerhöhungen vereinbart werden. Neben Reallohneinbussen werden die Arbeitnehmenden im nächsten Jahr mit Prämien-erhöhungen in der Betrieblichen Personalfürsorge und mit massiven Erhöhungen der Krankenkassenprämien sowie deren Selbstbehalte zu kämpfen haben. Zusätzliche Belastungen bewirken lediglich eine weitere Umverteilung der staatlichen Sozialbeiträge, indem etwa Sozialhilfe-,

Krankenkassen- und Mietbeiträge erhöht werden müssen.

– Der NBU-Zuschuss durch den Staat ist eine der ersten sozialen Errungenschaften aus dem Jahre 1932, deren kompromisslose Abschaffung wir nicht einfach hinnehmen können. Diese Errungenschaft aus einer Zeit mit wesentlich schwierigerem wirtschaftlichem Umfeld sollten wir uns weiterhin, wemöglich in einer angepassten Form, leisten können.

Da die Regierung angedeutet hat, dass sie in Betracht zieht, weitere Staatbeiträge zu kürzen, wo sie in den Bereich der Eigenverantwortung eingreifen, möchte der Arbeitnehmerverband mit dem Ergreifen des Referendums ein Moratorium, eine Denkpause, bewirken. Bevor weitere Kürzungen vorgenommen werden, soll nach Lösungsansätzen gesucht werden, die tatsächlich die direkte Eigenverantwortung, und nicht den Vorwurf des Sozialabbaus stärken.

Die Verbandsleitung des LANV

ANZEIGE



Hermann Finance AGmVK
Austrasse 59
9490 Vaduz

Tel. +423/399 33 66
Fax +423/399 33 60

www.hermannfinance.com
info@hermannfinance.com

SEGMENT AKTIEN

Silicon Valley Equities	1	61.85 %	USD	77.67
Global Equities (Erstzeichnung bis 6.2.04)			EUR	100.00

Erstzeichnungen von Global Equities erlassen wir die Ausgabekommission von 5%. Zeichnungen nimmt jede Bank entgegen.

1 (siehe Seite des LAFV) 2 3 4 5

Silicon Valley Equities – It's Money
Global Equities – It's More